

VORAN

Inhalt
Was ist Faschismus?
Seiten 4 und 5
Argentinien
Seite 6
Juso-Aktionen
Seite 3

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Nr. 98 - März 1988

80 Pfg. - Solidaritätspreis: 2,- DM

SPD und DGB müssen Angriffe des Kapitals zurückschlagen

Wenn man die Kapitalisten und ihre Regierung so hört, könnte man denken: In der Bundesrepublik gibt es viel zu wenig Arbeitskräfte. Und: Die Arbeiter sind zu reich, wohingegen die Unternehmer am Hungeruche nagen. Anders kann man sich einige Gesetze bzw. Vorschläge nicht erklären.

Zum Beispiel fordert der baden-württembergische Verband der Metallindustrie, daß nun auch sonntags gearbeitet werden soll (z.B. bei BMW) oder täglich 10 bzw. wöchentlich 50 bis 60 Stunden. Auch von der Notwendigkeit, die Lebensarbeitszeit zu verlängern, wurde gesprochen. Und das bei 2,5 Millionen Arbeitslosen!

Profite

In den letzten Jahren haben die Unternehmer schon durch eine Intensivierung der Arbeit versucht, das Letzte aus den Arbeitern herauszupressen. Jetzt reicht ihnen das nicht mehr. Die

neuen Technologien, die eigentlich unser Leben und unsere Arbeit erleichtern könnten, werden in den Händen der Unternehmer zum Gegenteil benutzt.

Die einen sollen gezwungen werden, ihre Gesundheit und ihre Freizeit zu ruinieren, während Millionen anderer arbeitslos am Existenzminimum dahinvegetieren müssen. Aber das reicht den Bossen nicht. Ihre Gier nach Profiten ist unersättlich. Sie beuten uns nicht nur auf der Arbeit aus, sondern versuchen auch noch - mit Hilfe ihrer Regierung - uns so viel wie möglich von unserem sauer verdienten Geld

Ruhrgebiet Stahlnatzukunft - im Arbeiterhand!

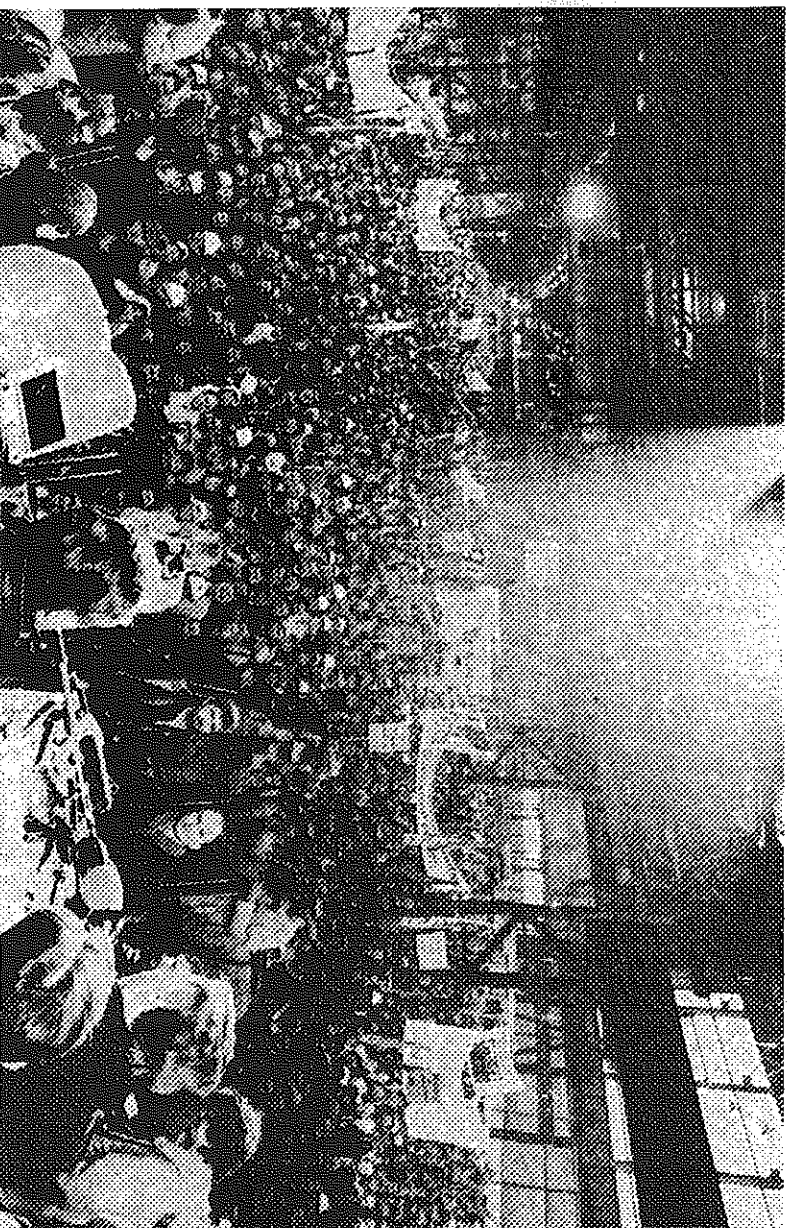
Die Kanzlerrunde zum Ruhrgebiet brachte viele wohlklingende Worte. Das Ergebnis ist eher bescheiden und verströmt vor allem auf zukünftige Investitionen. Die Summe, die die Unternehmer zu steuern: Null. Die Summe, die die Bundesregierung zusteuert: 500 Millionen DM. Dies entspricht genau dem Betrag, der allein für das Unternehmen TV Satellit verpulvert wurde, der jetzt als Schrothaufen im Weltall umherschwirrt. Das Schicksal des Standorts Rheinhausen ist immer noch ungewiß.

Investitionen von Bahn und Post in NRW, die wahrscheinlich ohnehin vorgenommen waren, kann die Bundesregierung kaum auf ihr Konto verbuchen. Und auch die Raumfahrtagentur für NRW dürfte ein schwacher Trost für arbeitslose Stahlkocker sein. Das Ziel, einen zollbegünstigten Freihafen in Duisburg zu errichten, deutet darauf hin, daß die dreisten Pläne des Krupp-Vorstandes offenbar ernsthaft erwogen werden: das Werksgelände von Rheinhausen für 200 Mio. DM an Bund und Land zu verkaufen; dafür will Krupp gnädigerweise noch 500 bis 1000 Arbeiter mit der Aufbereitung des Geländes beschäftigen. Diese Verkaufspläne waren in den letzten Wochen immer wieder im Zusammenhang mit

Tarifrunde im öffentlichen Dienst Arbeitszeit verkürzen - Dienstleistungen sichern!

Die öffentlichen Arbeitgeber stellen sich stur. Ähnlich wie die Unternehmer in der Industrie 1984 wollen sie die 40-Stunden-Woche zum Tabu erklären und sich nicht auf Arbeitszeitverkürzung einlassen. Die ÖTV und andere Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes antwortete mit einer Welle von Warnstreiks.

Wenn Minister Probleme aussitzen oder sich im Ausland befinden, so fällt das kann auf. Wenn aber Krankenpersonal, Eisenbahner, Busfahrer, Müllwerker, Postler u.a. streiken - dann wird deutlich, wer das Räderwerk des öffentlichen Lebens am Lau-



DGB-Kundgebung in der alten Walzwerkhalle in Rheinhausen.

aus der Tasche zu ziehen.

Zum Beispiel durch die Steuerreform. Frauen der IG Druck und Papier errechneten auf einem Seminar: Ein Unternehmer, ledig, Einkommensmillionär, kann allein aufgrund der beabsichtigten Senkung des Spitzensteuersatzes auf 53% jährlich 26.000 DM sparen. Eine Arbeiterin im Schichtdienst dagegen kann mit einem

fen hält.

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten sehen sich nicht nur Angriffen auf ihren Lebensstandard gegenüber (mit lächerlich geringen Lohnangeboten), sie kämpfen auch gegen Arbeitsplatzabbau und Verschlechterung öffentlicher Dienstleistungen, wie sie z.B. bei der Bahn und Post geplant sind.

Gerade die Zerschlagung und Teilprivatisierung der Bundespost ist eines der Hauptziele der Kohlhregierung. Wie weit die Vorbereitungen gediehen sind, dazu ein Interview mit einem Postler auf Seite 7.

zusätzlichen Steuerabzug von 150 bis 200 DM monatlich rechnen.

Appelle nutzlos

Spätestens jetzt müßte auch dem letzten klar geworden sein: Für die Kapitalisten und ihre Regierung zählt nicht, was für die Mehrheit der Menschen vernünftig wäre. Für sie gibt es nur einen Entscheidungsmaßstab: „Wie erhöhe ich den Profit?“. Alle Appelle an den gesunden Menschenverstand, an Einsicht oder Mitgefühl an ihre Adresse müssen so zwangsläufig

ungehört abprallen. Wer auf die Solidarität der Unternehmer mit den kleinen Leuten setzt, hat schon verloren.

Die einzige Kraft, auf die wir uns verlassen können, ist unsere eigene! Und wenn alle von den Maßnahmen des Kapitals Betroffenen (Stahlarbeiter, Eisenbahner, Angestellte des öffentlichen Dienstes, Beamte) an einem Strang ziehen, ist diese Kraft unschlagbar. SPD und DGB müssen diesen Abwehrkampf organisieren.

Barbara Kirschaum, Köln
Jungsozialistin

VORAN - Bundesweite Veranstaltung am Sonntag, 12. Juni 1988, in Köln

- Arbeiter und Jugend im Kampf gegen die Krise -
- Kämpfe in der BRD und anderen Ländern -
- Die Krise sozialistisch lösen -

Mit Rednern aus der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung
Reden, Diskussion, Kulturprogramm, Ausstellungen
Näheres dazu in der nächsten VORAN, Kartenverkauf ab 14. März '88
Kartenbestellung über die Redaktion, Telefon: 0221/134504

Der Kommentar

SPD-Opportunisten? Ja, bitte!

Die SPD sei im Moment noch langweiliger als zu seiner Zeit, meinte der frühere SPD-Vorsitzende Willi Brandt kürzlich in einem Interview. Dem kann man leider kaum widersprechen. Da toben zur Zeit heftige Kämpfe um den Fortbestand von Stahlstandorten. Da ist eine Reihe von Gewerkschaften in schwierigen Tarifauseinandersetzungen und Kämpfe gegen Arbeitsplatzabbau und Flexibilisierung der Arbeitszeit verwickelt. Da vergeblich. Und was macht die SPD-Spitze? Fehlhalbe! Man sieht und hört kaum etwas. (Außer vielleicht, daß nunmehr innerhalb von 18 Monaten bereits der dritte SPD-Pressesprecher das Handtuch geworfen hat. . .)

Die Regierungsparteien haben wirklich mehr Glück als Verstand. Bei so einer lahmen und zahmen Oppositionspolitik können sie es sich leisten, sich untereinander zu bekriegen.

Wenn schon von der Parteitagspitze Vogel'scher Prägung nichts kommt, könnte man ja zumindest von der Parteilinken Impulse erwarten. Schließlich ist es gerade ein Jahr her, daß Oskar Lafontaine mit seinem „Mantel- und-Degen“-Streich nach der Bundestagswahl die Reorganisation der Parteilührung einleitete, in deren Spitzenquartier jetzt mit ihm und Hans Ulrich Klose zwei Linke vertreten sind. Doch auch um die Linke im Parteivorstand ist es sehr still geworden. Sie hat in keiner Weise die Erwartungen vieler Basismitglieder erfüllt. Im Gegenteil. Lafontaine tut sich in letzter Zeit mit Aussagen hervor, die offenbar einen ziemlich weitgehenden Anpassungsprozeß signalisieren. Er, der noch im sardiniens Landtagswahlkampf 1983 für die Verstaatlichung von ARBED-Saarsahl eintrat, hält sich nicht nur in Sachen Rheinhausen auffällig zurück, sondern wendet sich sogar ausdrücklich gegen die Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeindegut und spricht sich für „marktkonforme“ Lösungen aus.

Linke ist abgetaucht

Auch die Fraktions-Linke scheint im Augenblick „toter Mann“ zu spielen. Laut VORWÄRTS (3/88) gehörten „der parlamentarischen Linken offiziell 131 sozialdemokratische Parlamentarier an“. Sprecher ist u.a. das frühere Juso-Bundesvorstandsmitglied Michael Müller. Doch weit und breit ist von ihnen nicht viel zu hören.

Dabei gibt es im Augenblick eine Fülle von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, in die die SPD mit klaren Alternativen eingreifen und sich eindeutig auf die Seite der Arbeitnehmer stellen müßte.

Zum Beispiel Rheinhausen. Noch im Dezember 1987 schrieb der SPD-Landessekretär von NRW und frühere Wahlkampfmanager Bodo Hornbach an die Stahlarbeiter, daß die SPD unverzüglich an ihrer Seite stehe und ihren gerechten Kampf unterstütze. Doch schon wenige Wochen später waren diese Worte für einige SPD-Spitzenossen Schall und Rauch. Farthmann und die SPD-Landtagsfraktion äußerten, man solle sich lieber auf die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen konzentrieren. Rheinhausen sei ohnehin nicht zu retten und im übrigen eine „rein unternehmerische Entscheidung“. Und wenn die SPD-Landregierung sich an den Plänen des Krupp-Vorstandes beteiligt, sich für den Verkauf des Werkes an Bund und Land hunderte Millionen von Steuergeulden einzuverleiben und dafür 500 bis 1000 Arbeiter mit Aufbaumangarbeiten zu beschäftigen, so wäre dies ebenfalls ein Skandal!

Zum Beispiel Tarifrunde im öffentlichen Dienst. Statt als Teil der öffentlichen Arbeitgeber die Forderungen der ÖTV aufzugreifen, „glänzenden SPD-Politiker wie der Hannoveraner OB Schmalstieg und Oskar Lafontaine mit anti-gewerkschaftlichen Stellungnahmen. Lafontaine zog sich mit seiner Forderung, die Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich vorzunehmen, schon den Zorn der Gewerkschaften zu.

Zum Beispiel Ostpolitik. Auch auf einem ihrer ureigensten Felder leistete sich die SPD-Führung Ungereimtheiten. Da gibt es eine unheilige Allianz von Lambsdorff über die DDR-Kirchenführung bis zur SED-Birokratie gegen die jungen Oppositionellen in der DDR. Statt dagegen vorzugehen, zeigen Genossen wie Gaus und Bölling öffentlich Verständnis für Honecker und warnen vor „ungebildigen“ Aktionen: die SPD-SED-Gesprächsunden laufen unbeeinträchtigt weiter. Warum überläßt man es den GRÜNEN, sich ohne Wenn und Aber hinter die Betroffenen zu stellen?

Offensive Oppositionspolitik nötig

Daß die SPD in Meinungsumfragen im Augenblick sogar etwas besser dasteht als noch vor einem Jahr, ist nur dem heillosen Zustand der Kohlregierung zu verdanken. Wenn Vogel und der niedersächsische Oppositionsführer Schröder schon richtig feststellen: „Wir können nicht allein von der Schwäche des Gegners leben“, dann sollten den Worten auch Taten folgen.

Die SPD muß zu einer offensiven Oppositionspolitik übergehen und klare sozialistische Alternativen aufzeigen. Hier ist vor allem die Parteilinke gefordert, aus ihrem Dornröschenschlaf zu erwachen und entsprechende Impulse in die Partei einzubringen. Doch die letzten Wochen haben gezeigt: Der Aufbau eines starken marxistischen Flügels ist zur Stärkung des linken Rückgrats zwingend erforderlich!

VORAN

zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Zeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften

Erscheint seit Dezember 1973

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfninger

Redaktionsanschrift:
VORAN, Hansring 4, 5000 Köln 1
Telefon 0221/134504

Bankverbindung: Pfirtda Essen, Konto-Nr. 2500 59-430
Druck: Bfz-Druck GmbH Hoeser, 26-28 4300 Essen 11

Kampffonds

Gebt uns Geld! Wir brauchen eine Arbeiterzeitung!

Seit Monaten stehen die Stahlarbeiter in Rheinhausen an vorderster Front im bundesdeutschen Klassenkampf. Die Kapitalisten, ihre Parteien, ihre Regierung und nicht zuletzt ihre Zeitungen versuchen diesen Kampf zu brechen. Der Betriebsrat der kämpfenden Kollegen beklagt sich: „Die Presse, die noch am Anfang auf unserer Seite gestanden hat, arbeitet jetzt gegen uns. Üben jetzt vielleicht die großen Konzerne Einfluß aus? Hört Pressefreiheit da auf, wo die Interessen der großen Konzerne berührt werden?“

Auch die SPD-Führung spielt zur Zeit durch faule Kompromißangebote an die Stahlbarone eine unritmische Rolle. Der „Vorwärts“, die Zeitschrift des Parteivorstandes, hielt es noch nicht einmal für notwendig, diesen wichtigsten Arbeiterkampf der letzten Jahre mit einer Titelgeschichte zu würdigen.

Deshalb brauchen wir eine eigene Arbeiterzeitung, die zum Organisator der Solidarität wird. In der Arbeiterklasse herrscht eine enorme Spendenbereitschaft. SPD-Gliederungen haben rund 78.000 DM für den Kampf in Rheinhausen gespendet. Ein Bergmann aus NRW spendete sogar seinen ganzen Januar-Lohn! Der Kapitalisten-Partei: CDU war die Sache der Stahlarbeiter dagegen nur 958 DM (von der CDU in Rheinhausen) wert, der FDP keinen einzigen Pfennig!

Bis Ende März: 35.000 DM für VORAN

Die Spenderbereitschaft von Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und Kollegen sollte auch für den Aufbau einer marxistischen Arbeiterzeitung genutzt werden. Wir wollen im ersten Quartal des Jahres 1988 insge-

Bürgerliches Pressemonopol bekämpfen

Während im Osten mehr oder weniger strenge Zensur ausübt wird, wird in unserem System die Meinungssteuerung etwas feiner, durch Auswahl und wirtschaftlichen Druck ausgeübt. Gehirnwäsche wird durch möglichst einseitige, wiederholte Information, durch sanfte Indoktrination also, bewirkt. Bei dieser Art von Gehirnwäsche handelt es sich um einen langjährigen Prozeß, der Orwells Vorstellungen weit übertrifft, weil er sich unter-schwellig vollzieht.

Hier braucht man keinen Teleskop mit eingebauter Kamera, es reicht ein einfacher Fernseher und die Gewißheit, daß alle davor sitzen und eingeehilt werden. Selbst in den Slums von Sao Paulo hat fast jede Wohnblöckchen eine Fernsehantenne auf dem Dach, was fast kostenlos ist. Es muß sich für die Herrschenden lohnen.

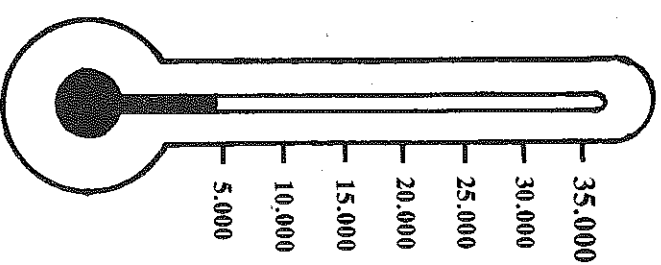
Es kann sich in der jetzigen Epoche keine Demokratie mehr ohne Sozialismus verwirklichen (Rudi Dutschke). Der Umkehrschluß gilt erst recht. Die Meinungsbildung ist der wichtigste Faktor der Demokratie, ist sie unangewogen, nutzt auch die ansonsten beste Verfassung nichts.

Was sagen Wahlergebnisse in Hamburg und Berlin schon, wenn man hört, daß dort der Springer-Konzern 83,8 bzw. 78,2% Pressemarktanteile hat? Das bedeutet natürlich nicht, daß der Rest links wäre.

Jede von Verbänden unabhängige Zeitung, die kommerziell betrieben wird, kann von der Industrie kaputt gemacht werden. Während 1954 noch 225 existierende, politische Redaktionen existierten waren es 1985 nur noch 126. Tageszeitungen finanzieren sich zu 70% aus Anzeigen.

Bei den umsatzstärksten Publikumszeitschriften ist unter den ersten 20 Höchsten der pseudo-„linke“

Spendenkonto:
VORAN Postkonto Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430



samt 35.000 DM sammeln. Bis zum Redaktionsschluß Anfang Februar sind bei uns 4554,01 DM eingetroffen. Alle VORAN-Leser sollten jetzt verstärkt Kollegen, Genossen, Freunde und Bekannte um eine Spende bitten. Folgende Beispiele zeigen, wie es geht: Leser aus Kassel verkauften Broschüren zur Stahlkrise und erzielten damit 60,20 DM für den Kampffonds. Auf der Juso-Landesdelegiertenkonferenz in Stuttgart kamen 172,88 DM ein. Leser in Nürnberg wurden Plakate und Buttons für 26,- DM in Lübeck Lebkuchen für 11,50 DM verkauft. Ein Leser aus Essen spendete sein Kleingeld: 44,- DM. In Bremerhaven spendeten Gabi Grunenberg und Jens Petersen jeweils 5,- DM.

Dies alles ist nur ein kleiner Ausschnitt aus den zahlreichen Aktivitäten und Spenden zugunsten des Kampffonds. Doch in noch viel stärkerem Maße als bisher sollten VORAN-

Pressestimmen zur Lage der Arbeiter

Aus dem Organ der internationalen Finanzbourgeoisie („Financial Times“ vom 4.11.1987)

„Jeder geht zweimal jährlich in Urlaub, jeder hat zwei Autos, jeder hat ein Haus, alles ist sauber, Flugzeuge fliegen pünktlich. Die Deutschen denken, sie leben im Paradies.“ (Tjallingii, Präsident des deutschen Arbeitgeberverbands)

Aus dem Organ der bundesdeutschen Kleinbourgeoisie („faz“ vom 12.2.88)

„Einfach regiert im Ruhrgebiet - von Kohl über Breit bis hin zu vollgepres-senen Video-Besitzern, die die Autobahn blockieren und jammern, als lebten sie in der Scheit-Zone oder in Kalkutta - dabei soll ihnen eigentlich nur dumple Maloche in einem Stahlwerk erspart bleiben und dies bei einem Lohnausgleich, nach dem sich 3 Milliarden Menschen Finger und Füße lecken. Neben-was und Schwarzarbeit inclusive. (Von der Steuer unserer Schwarzarbeit wäre ganz Afrika satt)“ (Mathias Broders auf der „Kulturseite“)

Bauer-Erzeugnisse.

Die IG Druck und Papier hat unter-suchen lassen, wie Tageszeitungen pro Unternehmen, 17% pro Gewerkschaften. Auf 4,6 Unternehmerargumente folgte ein Gewerkschaftsargument (nach Martin Walser).

Dasselbe erwartet uns jetzt auch in Funk und TV. Waren die öffentlichen Anstalten schon reaktionär genug, findet jetzt die Wellenabgabe endgültig nach dem Muster einer Bananenernte statt. Springers Satz I (in München mit lokalem Einschub eines F. J. Straub-Sohnes), Bauer und Burdas „Musibox“ sowie das, ironischerweise als links stilisierte RTL-plus, das in Wirklichkeit regierungskritischer ist als Springers Programm, sind die neuen Konzernsender (nach Der Spiegel).

Verkauf

Um gegen die Propaganda der bürgerlichen Medien anzutreten und eine Alternative zur hilflosen Presspolitik der SPD- und Gewerkschaftsspitze zu sein, muß VORAN weiter ausgebaut werden. Aber das bedeutet, daß der Verkauf gestärkt werden muß. Und das ist nicht schwer. Denn das Interesse an einer marxistischen Zeitung mit Programm und Perspektiven für die Zukunft ist überall anzutreffen. So konnten z.B. in Rheinhausen in einer Aktionswoche 175 Zeitungen verkauft werden. Bei einer Demonstration in Köln gegen geplante Massenentlassungen in 13 Metallbetrieben wurden ca. 90 Zeitungen verkauft.

Diese „Verkaufspatze“ wollen wir ständig in der Zeitung einrichten, um Erfahrungen und Ideen auszutauschen. Dafür brauchen wir aber Eure

VORAN



Jungsozialisten Nürnberg-Maxfeld

Rheinhausen

Genossen unserer Juso-AG Nürnberg-Maxfeld sind schon mehrmals für die Kollegen von Krupp Rheinhausen unterwegs gewesen. Mit Sammelbüchse auf den Tisch und wir (6 oder 7 Leute) trinken Kaffee. In der Kneipe sind außer uns ca. 10 Leute, alles schon Ältere. Als wir zahlen, fordern sie uns zum Singen auf. Wir singen das Einheitsfrontlied und „Briten der zur Sonne“. Die Sammelbüchse für die kämpfenden Stahlkollegen geht herum. „Ja, wir sind auch alle Arbeiter“, sagen sie und noch einige anerkennenden Worte.

Arnd Kranefeld

Was man so erlebt: Nach zwei Stunden Singen auf der Straße wärmen wir uns in einer Eckkneipe auf. Ich stelle meine Gitarre in die Ecke, die Sammelbüchse auf den Tisch und wir (6 oder 7 Leute) trinken Kaffee. In der Kneipe sind außer uns ca. 10 Leute, alles schon Ältere. Als wir zahlen, fordern sie uns zum Singen auf. Wir singen das Einheitsfrontlied und „Briten der zur Sonne“. Die Sammelbüchse für die kämpfenden Stahlkollegen geht herum. „Ja, wir sind auch alle Arbeiter“, sagen sie und noch einige anerkennenden Worte.

Bundesbahn

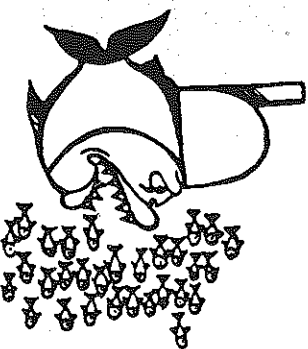
Bei der Deutschen Bundesbahn findet zur Zeit ein Personal- und Streckenabbau statt. Außerdem soll in einigen Bereichen privatisiert werden.

Atom-Skandale

AKW und Kapitalausschalteln!

Die größte Bewegung seit Jahrzehnten in Lübeck richtet sich gegen die Transporte radioaktiven Materials über Lübecker Häfen nach Schweden. Der Widerstand geht durch alle Teile der Bevölkerung, Jung und alt, Arbeiter und Schüler wehren sich gemeinsam gegen die Gefahr atomarer Verseuchung.

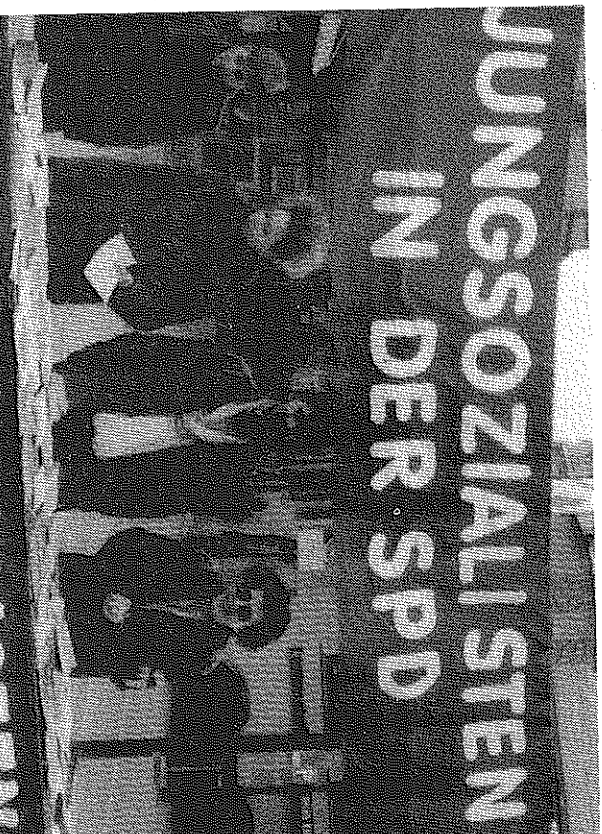
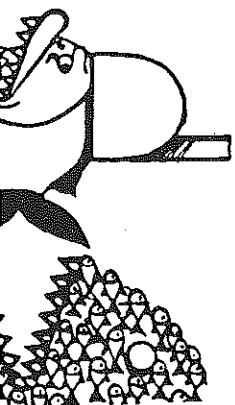
Doch das Kapital versucht mit Polizei und Bundesgrenzschutz die Möglichkeiten des Staates auszunutzen, die Transporte gewaltsam gegen den erklärten Willen der Lübecker Bevölkerung durchzusetzen.



Im Januar gelang es durch Besetzung der Verladerrampe auf dem Treppendamm Skandinavienviertel drei Atomüll-LKW's zu stoppen. Sie wurden auf dem Gelände einer Bundesgrenzschutzkaserne „zwischenengelagert“. Dies erreichte auch den Protest der BGS'ler und ihrer Gewerkschaft! Fünf Tage lang blockierten in Schichten mehrere tausend Leute die Kasernen um durchzusetzen, daß die Transporte zurück nach Frankreich gehen. Am fünften Morgen der Blockade räumten auf Anweisung der CDU-Landesregierung starke Polizei- und BGS-Einheiten unter Wasserwerfer-einsatz das Haupttor der Kaserne, und die LKW's fuhren über Brunnbüttel nach Schweden.

Solidarität

Während der Blockade wurde die Solidarität der ganzen Stadt deutlich, immer wieder wurde den friedend-blockierten Kaffee, Tee und Essen gebracht. Auch die Solidarität der BGS'ler der Kaserne kam zum Aus-



Durch Kampagnen und Außenaktivitäten haben die Maxfelder Jusos jetzt ein Stamm von 8-10 Aktiven, die sich mindestens 14-tägig treffen.

den. Das war auch schon fast alles, was wir letzten November zum Thema Bahn wollten. Doch wir wollten es genau wissen. Auf einer öffentlichen Veranstaltung berichteten uns ein Jugendvertreter und ein Betriebsrat der Bundesbahndirektion Nürnberg über die Situation der DB und vor allem über den „natürlichen“ Personalabbau, z.B. durch Nichtbesetzen freigerwordener Stellen. 1945 wurden bei der DB noch ca. 500.000 Menschen beschäftigt, heute arbeiten bei der Bahn nur noch ca. 230.000. Bundesweit wurden seit 1983 45.000 Arbeitsplätze vernichtet. Die Arbeit muß jetzt jedoch von den Kolleginnen und Kollegen zusätzlich erledigt werden, d.h. es müssen Ummengen von Überstunden

und Beamten gleich waren. Zur Räumung wurden dann auch örtliche Beamte aus Kiel und Eutin herangeschafft. Trotz des Vorgehens der Polizei blieben die Demonstrationen friedlich, forderten die Polizisten auf, die Befehle zu verweigern und sich nicht zum Instrument des Atomkapitals zu machen. Manch ein Beamter glückte auch ziemlich verunsichert.

Die Zusammensetzung der Demonstrationen und die Art der Blockaden gehen von einer neuen Qualität des Widerstandes, wie wir sie auch im Ruhegebiet erleben können.

Arbeiterwiderstand notwendig

Entscheidend wird aber sein, wie sich SPD- und Gewerkschaftsführung verhalten. Die parlamentarisch-juristischen Aktionen der Lübecker SPD sind widersprüchlich, laufen nicht voll gegen die Atomnutzung und verwirren die Mitglieder. Doch wenn SPD und Gewerkschaften ihre Mitglieder mobilisieren und den Widerstand mit Streikaktionen „wützen“, wird dem Kapital der Atomstrom zu teuer.

Atomare Verseuchung und Profitinteresse gehen aber Hand in Hand. Die Stilllegung der Atomanlagen ist nur durch eine Vergesellschaftung realisierbar, die auch ein Instrument zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen ist. Auch die Korruptionsskandale um die Firma Transnuklear etc. haben gezeigt: Notwendig ist das Ausschalten der Atomanlagen und des Kapitals und die sozialistische Instandbesetzung von SPD und Gewerkschaften! Helft mit!

Pucki Wolf, Lübeck
Sprecher Juso-AG Kücknitz

und zusätzliche Schichten geleistet werden. Das wirkt sich natürlich auf die Gesundheit aus, so daß die Kollegen viel häufiger krank werden und kann noch das Rentenalter erreichen.

Von den Auszubildenden wiederum hat fast niemand eine Chance, am Wohnort im erlernten Beruf übernommen zu werden. Die meisten müssen weit weg von ihrem Heimatort eine Stelle antreten und/oder sie werden im Reinigungsdienst beschäftigt. Nachdem wir weitere Informatio-

nen gesammelt hatten, diskutierten wir an einem Infoabend gemeinsam mit Jugendvertretern der Bahn über Personalabbau und Streckenstilllegungen. Der Personalabwerker wird häufig zugunsten des Kfz-Verkehrs eingestellt. Von 1960-1985 wurden im Personenverkehr 7000 Strecken abgebaut, die durch Busverbindungen „ersetzt“ wurden - mit der Konsequenz, daß 50% der Betroffenen auf PKW umsteigen!

Und obwohl in letzter Zeit immer mehr Giftraspporten auf die Schiene verlagern, wurden in den letzten 25 Jahren 3400km Strecken im Güterverkehr stillgelegt.

Doch wen wundert diese Verkehrspolitik, wenn man die Geschäftsinteressen der Mitglieder des Betrars und des Verwaltungsrats der DB betrachtet: Ein Teil der Mitglieder findet sich z.B. auch im Vorstand bzw. Aufsichtsrat von Opel, Lufthansa, VW, ESSO, Deutsche Automobil Treuhand, Motorenwerke Bremmehaven usw. wieder.

Wir wollen nicht zugunsten von Profitinteressen der Automobilindustrie und anderer Betrieben, die in Konkurrenz zur DB stehen, hinnehmen, daß jährlich etwa 10.000 Menschen auf den Straßen sterben und noch mehr verletzt werden, daß Landschaft und Umwelt zerstört werden, Städte infolge von Straßennärrn und Abgasen unbewohnbar gemacht werden, daß wir an Pseudokrapp, Asthma und Allergien erkranken, jährlich mehrere Mrd. DM zur Herstellung

Auf der diesjährigen Juso-Landesdelegiertenkonferenz war unser Kreisverband mit 7 Delegierten und sieben weiteren Genossen und Genossinnen vertreten. Wir Stuttgarter Jusos hatten unseren Wahlaufruf als Antrag eingereicht. Der Landesvorstand hatte einen Gegenantrag dazu formuliert, der auch eine Mehrheit fand.

Leider ist in diesem Aufruf keine Rede von der Notwendigkeit einer sozialistischen Veränderung der Gesellschaft. Es gibt keine Auseinandersetzung mit den Positionen der SPD. Nirgends wird deutlich gemacht, daß die Forderungen der Jusos über das Programm der SPD hinausgehen und daß wir in der SPD um eine Mehrheit für unser Programm kämpfen müssen.

Juso-Landesdelegiertenkonferenz Baden-Württemberg Kämpferische Anträge abgelehnt

Nichtssagende Parolen der SPD vom „Neuen Fortschritt“ wurden vom Juso-Verband übernommen. Es wird nicht gesagt, daß wählen nicht ausreicht, daß es vielmehr darum geht, für eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft aktiv zu werden. Trotz dieser Unzulänglichkeiten erhielt der Landesvorstand für seinen Antrag eine Mehrheit. Unsere Änderungsanträge wurden abgelehnt.

Nicht verhindern konnte der Landesvorstand einen Änderungsantrag, der forderte, eine große Koalition in Baden-Württemberg abzulehnen. Diese Änderung war gefordert worden, nachdem Dieter Spörr auf die Frage eines Delegierten nicht bereit war, eine große Koalition auszuschießen.

Der Antrag der Stuttgarter Delegierten, im nächsten Jahr landesweite Kampagnen zur Unterstützung gewerkschaftlicher Kämpfe durchzuführen, wurde abgelehnt. Wir hatten z.B. vorgeschlagen, den Landtagswahlkampf mit einer Solidaritätskampagne für die Stahlarbeiter im Ruhrgebiet zu verbinden. Der Landesvorstand sah sich nicht in der Lage, eine Spendensammlung für die „Hilfe für Krupp-Stahlarbeiter Rheinhausen“ anzuzuregen. Nach den Worten des neuen Landessprechers, Horst Glöck, würde das alle Kräfte für den Wahlkampf lahmlegen. Als ob man Wahlkampfaktivitäten nicht durchführen könnte. Gerade ein Spendenappell bei Infoständen und Wahlsammlungen kann deutlich machen, auf welcher Seite die Jusos stehen. Unser Initiativantrag zur sofortigen

und Unterhalt von Kfz verschwendet werden. Statt dessen fordern wir:

- Nulltarif im öffentlichen Personennahverkehr;
- Ausbau des Streckennetzes in allen Bereichen;
- Verkehrsverbindungen verbessern und Fahrpläne verdichten;
- Gütertransporte so weit wie möglich auf die Bahn verlagern;
- kein Personalabbau;
- Verwaltung der DB zu je einem Drittel durch Vertreter der Kunden, des Staates und durch die Gewerkschaft.

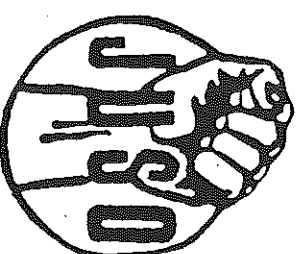
Andrea Pfeffer



Ein „Vertreter der Automobilindustrie“ sagt an der Bundesbahn.

Zumindest in der AKW-Frage wird der Juso-Landesvorstand von einzelnen SPD-Gliedern links überholt. Nach dieser LDK ist es sehr fraglich, ob der Landesverband es schaffen wird, im Wahlkampf und in den bevorstehenden Klassenkämpfen als kämpferische sozialistische Jugendorganisation aufzutreten und neue Mitglieder zu gewinnen.

Moni Stark, Stuttgart
Mitglied des Juso-Kreisvorstandes

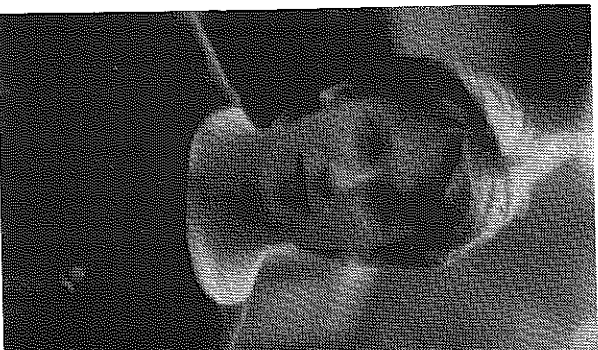


Warum bist du bei den Jungsozialisten?

Über die Falken und ein internationales Festival der Jusos in Spanien kam ich zu den Jungsozialisten. Ich mache bei den Jusos mit, da es die Jugendorganisation der SPD ist, um dort gegen Sparmaßnahmen zu kämpfen. Gerade als Schüler bin ich davon direkt betroffen. An einigen Schulen gibt es einen totalen Kopierstopp. Stattdessen muß per Hand abgeschrieben oder privat abkopiert werden. Die Sparmaßnahmen gehen noch viel weiter: Es gibt jetzt einen Ausgabe-Stopp. Dies geht auf Kosten der Schüler.

In Hamburg-Bahrenfeld gibt es seit etwa einem halben Jahr eine Juso-AG. Wir haben uns in dieser kurzen Zeit schon mit vielen Themen beschäftigt: Postprivatisierung, Che Guevara, Arbeitslosigkeit. Daneben haben wir eine große Kampagne für den Ausbau der S-Bahn und gegen eine vierte Elb-tunnelröhre für Autos gemacht. Unsere nächsten Themen werden die Stahlkrise in Rheinhausen, Sparmaßnahmen des Hamburger SPD/FDP-Senats und der Kampf für ein Jugendzentrum in Bahrenfeld sein.

Wir machen regelmäßig Info-Treffen, um den Juso-AG-Mitgliedern aufzuzeigen, wie sie sich in der Jugendorganisation, um gegen Kürzungen, Arbeitslosigkeit, Ab-Delorm und „schwarzen Alltag“ zu kämpfen. Darum bin ich bei den Jusos. Hauptsächlich aber, um



Die Jusos sind die Jugendorganisation, um gegen Kürzungen, Arbeitslosigkeit, Ab-Delorm und „schwarzen Alltag“ zu kämpfen. Darum bin ich bei den Jusos. Hauptsächlich aber, um

IS?

impfe und die SPD-Führung sich er auf die Zusammenarbeit mit „demokratischen“ Unternehmensparteien. Entgegen der Erwartung, kam es nicht zu gemeinsamen Aktionen gegen die Nazis. So führte die Politik der SPD- und KPD-Führung dazu, daß die Arbeiterbewegung gelähmt der faschistischen Machterhebung gegenüberstand.

Aufstieg der NSDAP

Der Faschismus hatte erst im Verlauf der Wirtschaftskrise eine Massenbasis bekommen. Bei den Reichstagswahlen im Mai 1928 bekam die NSDAP nur 3,7% der Stimmen, im Juli 1932 aber 37,4% ihr höchstes Stimmergebnis



1933. Die große Mehrheit der Arbeiter hat in diesen Jahren durchgehend D oder KPD gewählt. Bei den Betriebswahlen im Herbst 1933 bekam NSBO (NS Betriebsorganisation) 3%! Die oft wiederholte Behauptung, die Arbeiter gingen in der Krise nicht rechts, widerspricht den historischen Tatsachen.

Die Massenbasis, aus der die Nazis in allem rekrutierten, bildete das Kleinbürgertum. Bauern, Beamte, Kleinrentner, die damals noch rund 50% Gesamtbevölkerung ausmachten. Aus ihnen waren durch die Wirtschaftskrise ruiniert. Auch Dauerarbeitslose, die seit Jahren ein elendes Leben führten und aus ihrer Klasse wurzelt waren, wandten sich schließlich den Nazis zu. Doch der Einbruch in die Arbeiterschaft selbst oder gar in die Arbeiterbewegung gelang den Faschisten nie.

Im Kapitalismus stehen sich die beiden hauptsächlichsten Klassen, Bourgeoisie und Proletariat, unversöhnlich gegenüber. Das Kleinbürgertum steht zwischen ihnen und wendet sich der Klasse zu, von der es am ehesten die Erlösung seiner Interessen erwartet. In den ersten Jahren nach 1918, als die Arbeiterklasse um die Macht kämpfte, hat die Kleinbürger ihre Hoffnungen verständlicherweise in die Arbeiterbewegung gesetzt. Die Kapitalisten schienen diese schon besiegt zu sein. Erst als die Führung der Arbeiterbewegung bis 1933 mehrmals Gelegenheiten, dem Ka-

pitalismus den Todesstoß zu versetzen, ungenutzt ließen, wandte sich das Kleinbürgertum enttäuscht von den Arbeitern ab. Durch die Inflation 1923 ihrer Ersparnisse beraubt, durch die Wirtschaftskrise ab 1929 endgültig ruiniert, hielten sie nach einer anderen radikalen Lösung ihrer verzweifelten Lage Ausschau. Diese radikale Lösung sahen ihnen Hitler und seine faschistischen Banden zu bieten. Mit ihrem brutalen Auftreten in der Öffentlichkeit vermittelten sie den Eindruck von Stärke, mit dem Feindbild des Juden wurde ein Stündenbock und damit eine Erklärung für ihre elende Lage angeboten, mit Parolen gegen das „raffende Kapital“ und Forderungen nach Abschaffung des „arbeits- und mühelosen Einkommens“ gewannen sie die im Kampf gegen die große Konkurrenz unterlegenen Kleinbürger und die rückständigen Teile der Arbeiterklasse. Man beachte auch den Namen „Nationalsozialistisch-Arbeiter-Partei“.

Der Faschismus an der Macht

Einmal an die Macht gelangt zeigte der Faschismus seinen wahren Charakter, den Trotzki bereits 1932 folgendermaßen beschrieben hatte: „Der Faschismus ist nicht einfach ein System von Repressionen, Gewalttaten, Polizeiterror. Der Faschismus ist ein besonderes Staatssystem, begründet auf der Ausrottung aller Elemente proletarischer Demokratie in der bürgerlichen Gesellschaft. Die Aufgabe des Faschismus besteht nicht allein in der Zerschlagung der proletarischen Avantgarde, sondern auch darin, die ganze Klasse im Zustand erzwungener Zersplitterung zu halten. Dazu ist die physische Ausrottung der revolutionärsten Arbeiterschicht ungenügend. Es heißt, alle selbständigen und freiwilligen Organisationen zu zerrutmern, alle Stützpunkte des Proletariats zu zerstören und die Ergebnisse eines dreiwertel Jahrhundert Arbeit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu vernichten. Denn auf diese Arbeit stützt sich in letzter Instanz auch die Kommunistische Partei.“ (Trotzki, „Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats“)

Der faschistische Staatsapparat erlangte zwar eine gewisse Selbständigkeit gegenüber der Bourgeoisie, aber er handelte in deren Interesse. Mit dem massiven Aufrüstungsprogramm wurden die Geldgebe der Nazis, die Stinnes, Flick, Thyssen und Co. reichlich belohnt.

Unter Hitler steuerte der deutsche Imperialismus direkt auf den II. Weltkrieg zu. Bis 1939 wurden für zivile Arbeitsbeschaffungsprojekte, einschließlich des Autobahnbau, 5,5 Mrd. Reichsmark aufgewendet, für die Rüstung dagegen etwa 61 Mrd. RM. Die Parole „Lebensraum für das deutsche Volk“ bedeutete nichts anderes als neue Märkte und Rohstoffe für den deutschen Imperialismus. Für alle Maßnahmen im Interesse und Auftrag der profitgierigen Kapitalisten, für die Aufrüstung, die Eroberung neuer Rohstoffvorkommen, die Ausbeutung der Juden und Zwangsarbeiter bis zu deren physischer Vernichtung, lieferten die Nazis die ideologische Hülle. Die deutsche Arbeiterbewegung wurde nicht nur zerschlagen, um bessere Bedingungen zu ihrer Ausbeutung zu schaffen, sondern auch um die Arbeiter auf die Schlachtbank des unvermeidlichen imperialistischen Krieges zu führen.

Der Faschismus ist der letzte Ausweg aus der Krise des Kapitalismus gewesen. Wenn der Kampf zwischen den bei-



Aufmarsch der SA 1932. Durch das Versagen der Führungen der Arbeiterorganisationen konnten die Nazis gegen Ende der Weimarer Republik das Kleinbürgertum auf ihre Seite ziehen.

den Hauptklassen, Bourgeoisie und Proletariat, unentschieden bleibt, kann sich eine dritte Kraft, in diesem Fall die Faschisten unter Hitler, über die kämpfenden Klassen erheben. Der faschistische Staatsapparat, Polizei, Justiz, Wehrmacht, SS handelten zwar im In-



Skinheads verprügeln Ausländer. Besonders unter Jugendlichen, die für sich keine Perspektive sehen, können die Neonazis Anhänger gewinnen.

teresse der Kapitalisten, aber er machte ihnen auch Vorschriften (besonders seit dem „Verjahresplan“ 1936: staatliche Regelung von Preisen, Löhnen, Art und Umfang der Importe). Auch Militärdiktaturen wie in Chile stellen solche eine dritte, scheinbar über den Klassen stehende Kraft dar. Der Unterschied zwischen dem Faschismus und einer Militärdiktatur besteht darin, daß der Faschismus eine Massenbasis besitzt. Seine besondere Stärke liegt darin, daß er sich nicht nur auf die Macht der Gewehre, sondern auch auf Millionen Anhänger, verzweigte Kleinbürger und Lumpenproletariat stützt.

Neonazis

Die jüngsten Wahlergebnisse und die zunehmenden Aktivitäten der Neonazis zeigen einen gewissen Zulauf für den Neofaschismus. Dennoch: Der Faschismus steht nicht hinter der nächsten Ecke. Die damalige Massenbasis des Faschismus, das Kleinbürgertum, stellt heute einen viel geringeren Anteil an der Gesamtbevölkerung. Teile des Kleinbürgertums gehen heute nach links.

Die Ereignisse in der vom Niedergang bedrohten Stadt Hattingen sowie jetzt auch in Rheinhausen haben ange-deutet, wohn sich das Kleinbürgertum in der kommenden Weltwirtschaftskrise zunächst wenden wird. Alle Ladenbesitzer, kleinen Selbständigen und selbst die Partier beteiligten sich an den Aktionen der Gewerkschaft. Erst nach langen Kämpfen, in denen die Arbeiterbewegung in der BRD immer wieder große Niederlagen erleiden würde, weil die Führung der Arbeiterbewegung kei-

Die Neonazis können heute lediglich die Rolle von Hilfstuppen der Reaktion spielen: Chancen, zu einer Massenbewegung zu werden, haben sie nicht.

Dennoch besteht die Gefahr, daß die neofaschistischen Schlägerbanden mit zunehmender Arbeitslosigkeit Zulauf

bekommen. Besonders von Jugendlichen, die ohne jede Perspektive auf einen Arbeitsplatz und eine selbständige Existenz leben. Deshalb muß die SPD ihnen die kapitalistischen Ursachen ihrer miesen Lage aufzeigen und ihnen eine sozialistische Lösung anbieten. Die Gewerkschaften sollen die Arbeitslosen in ihren Reihen organisieren und gemeinsam mit ihnen Arbeit für alle erkämpfen.

Auf den Staatsapparat der Kapitalisten dürfen wir uns nicht verlassen. Allein die Tatsache, daß Nazisgrößen (Richter, Wehrmachtsgeneräle usw.) nach 1945 in ihm Karriere machen konnten und zum Teil noch heute fette Pensionen aus Steuergeldern beziehen, zeigt, auf wessen Seite dieser Staat steht.

Wo immer Neonazis auftauchen, müssen SPD und Gewerkschaften zu Gegenaktionen mobilisieren. Mit über 20 Millionen abhängig Beschäftigten, 7,7 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern, über 900.000 SPD-Mitgliedern ist die Arbeiterbewegung in der BRD stark genug, um sich den Angriffen des niederdrückenden Kapitalismus zu widersetzen und ihn durch eine sozialistische Gesellschaft zu ersetzen.

Georg Kimmelf, Aachen
Jungsozialist

Im Januar fand in Aachen an zwei Verhandlungstagen ein Prozeß gegen den FAP-Kreisvorsitzenden und Skinhead Reinhard Wolter statt. Dieser hatte im Oktober 1986 (!) einen „Redskin“ ein Bierglas ins Gesicht geschlagen und so eine 9 cm lange Wunde zugefügt, die auch, mit etwas Pech, zu lebensgefährlichen Verletzungen hätte führen können! Diese Mißhandlung begann der in Aachen als Nazi-Schläger bekannte FAPler während einer Bewährungszeit, die er auferlegt bekommen hatte, weil er eine hochschwangere Griechin zusammengetreten hatte!

FAP-Prozeß im Aachen

Im Januar fand in Aachen an zwei Verhandlungstagen ein Prozeß gegen den FAP-Kreisvorsitzenden und Skinhead Reinhard Wolter statt. Dieser hatte im Oktober 1986 (!) einen „Redskin“ ein Bierglas ins Gesicht geschlagen und so eine 9 cm lange Wunde zugefügt, die auch, mit etwas Pech, zu lebensgefährlichen Verletzungen hätte führen können! Diese Mißhandlung begann der in Aachen als Nazi-Schläger bekannte FAPler während einer Bewährungszeit, die er auferlegt bekommen hatte, weil er eine hochschwangere Griechin zusammengetreten hatte!

Zum Prozeß mobilisierte die Jusos-Schülergruppe per Flugblatt und durch Mund-zu-Mund Propaganda, Pressemitteilungen wurden von den Aachener Tageszeitungen nicht abgedruckt. An beiden Verhandlungstagen nahmen jeweils über 70 Demonstranten teil, was einen großen Mobilisierungserfolg darstellt. Beide Verhandlungen fanden vormittags statt, so daß viele Schüler die Schule schwänzten, um den Neo-Nazis zu zeigen, daß sich in Aachen ein Widerstand gegen sie formiert, der ihnen keinen Fußballplatz für ihre faschistische Propaganda lassen wird.

Im Prozeß selbst wurden die politischen Motive des Schlägers viel zu selten dargestellt. Bezeichnend ist auch, daß der Richter erst während

geklagte FAP-Vorsitzender in Aachen ist. Durch die Mobilisierung der Presse fand der Prozeß aber breite Erwähnung in den Aachener Tageszeitungen.

Der Urteilspruch wurde dann zur Farce: Während der Staatsanwalt 10 Monate ohne Bewährung forderte, setzte der Richter diese Strafe wieder (!) zur Bewährung aus. Ein gemeindefährlicher Nazi-Schläger läuft also weiterhin frei herum und kann aktive Linke, auch aus Jusos, nahezu ungestört bedrohen und terrorisieren. Auch am Rande des Prozesses wurde deutlich, daß der bürgerliche Staatsapparat „links“ und „rechts“ mit zweierlei Maß mißt. Während die Neonazis im Gebäude ungehindert die Demonstrationen fotografieren konnten, griff die Polizei ein, als ein Juso zurück„schoß“! Auch mußten Jusos, die im Gerichtssaal keinen Sitzplatz mehr fanden, den Raum verlassen, während neofaschistische Besucher, die ebenfalls standen, noch eine Zeugenbank zum Sitzen zur Verfügung gestellt bekamen.

Dieses Beispiel zeigt: Wir dürfen uns im Kampf gegen die Neo-Nazis nicht auf den bürgerlichen Staatsapparat verlassen! Nur die organisierte Arbeiterbewegung kann Erfolge im Kampf gegen den Neo-Faschismus erzielen.

Sascha Stantje, Aachen

keine, einschl. eher (21)	
selbständige (15)	
Angestellte (12)	
Bauern (8)	
Arbeiter	

Die 100 Angehörigen einer Berufsgruppe waren 1935 Mitglied der NSDAP

Argentinien

Aus der Traum vom Wirtschaftswunder

Argentinien sorgt immer wieder für Schlagzeilen, zuletzt durch die Rebellion von Teilen der Armee, die nach 36 Stunden am 18. Januar zerschlagen wurde. Es war der 2. Putschversuch innerhalb von neun Monaten.

Aber auch jetzt kann Präsident Alfonsín nicht ruhig schlafen: Wieder einmal droht das Land in den finanziellen Ruin zu stürzen. Argentinien ist nicht instande, Kredite zurückzahlen. Die Auslandsverschuldung beträgt 50 Mrd. US-Dollar. Kaum zu glauben, daß dieses Land noch in den 40er Jahren die achtgrößte Wirtschaftsnation der Welt war. Viele europäische Auswanderer hoffen, dort das Land der kapitalistischen Zukunft vorzufinden.

Wie sieht aber heute die Wirklichkeit dieses „Traumes“ aus?

Die hohe Inflationsrate von 8% im Monat (!) macht das Leben unerrätlich. Die Löhne halten mit dieser Entwicklung nicht Schritt. Kein Wunder, daß die Kaufkraft jeden Monat zurückgeht und dementsprechend auch der Lebensstandard. Der Durchschnittslohn von ca. 250 DM erlaubt nicht zu leben, sondern bloß zu vegetieren. In Argentinien sind nämlich mindestens 750 DM zum Leben notwendig. Hinzu kommt die hohe Arbeitslosigkeit von ca. 30%. Viele Arbeitslose bewegen sich am Rande der Legalität, um sich überhaupt noch über Wasser halten zu können.

Armut

In vielen Wohnvierteln der drei wichtigsten Städte, in Buenos Aires, Rosario und Cordoba, wo die argentinische Arbeiterklasse konzentriert ist, lebt über die Hälfte der gesamten argentinischen Bevölkerung. 15% haben keinen Strom, 50% kein Gas und 70% kein fließendes Wasser. Telefon ist ein Luxus. Nur 15% der Bevölkerung des Landes kann es sich leisten.

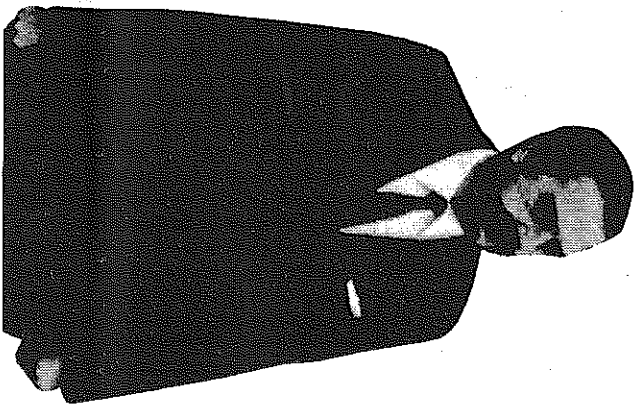
Für die Zukunft wird es wohl noch unerschwinglicher, denn es wird privatisiert. Siemens soll das Telefon-Monopol übernehmen und kündigte bereits eine deutliche Preiserhöhung an.

Eine Welle von Betriebskündigungsen – allein unter der Militärdiktatur etwa 1/3 der Industrie untergegangen – sorgt für die Zuspitzung der schlechten Lage.

Die Kapitalisten haben keine Zurechtweisung mehr. Sie befürchten die explosive Stimmung der Arbeiterklasse und sind nicht bereit, zu investieren. Die Zahl der Geheimkonten in der Schweiz nimmt zu.

Die argentinische Arbeiterklasse antwortet mit Massendemonstrationen und Generalstreiks. Im Juli 85 Entlassungen zu einer Besetzung der Fordeurwerke, wo 4000 Arbeiter beschäftigt sind. Alle Kollegen haben sich daran beteiligt. Die Köche wurden abgezogen, damit es den hohen Herren an den Magen ging. Die Weine – auch die für die Cheftage – wurde weggeschüttet, damit kein Alkoholtropfen den Kampf benebeln konnte.

All dies blieb jedoch erfolglos, denn ein Ernter, der diese Betriebsbesetzung



Der argentinische Staatspräsident Alfonsín: Seine Regierung verliert immer mehr Unterstützung.

Internationale Notizen



Spanien

Metrofahrer streikren drei Wochen lang je vier Stunden am Tag für höhere Löhne und Verkürzung der täglichen Arbeitszeit.

Bangladesh

In den letzten zwei Monaten gab es über 20 Streiks, davon einen Generalstreik am 27. Januar. Die Bevölkerung fordert den Rücktritt des Präsidenten. Er hat, der 1982 durch einen Putsch an die Macht kam. Er löste im Dezember das Parlament auf und ließ für März Neuwahlen ansetzen, zu deren Boykott die 21 Oppositionsparteien aufrufen.

Mexiko

Seit Ende letzten Jahres gibt es massive Streiks gegen den „Solidarität“. Dieser beschränkt Lohnerhöhungen für drei Monate auf 15% und „bitter“ die Unternehmer, auf Preiserhöhungen zu verzichten. Diese Maßnahmen sollen dazu dienen, die Inflation (1987: 159%) zu stoppen. Allerdings hielten sich weder die Regierung noch die Unternehmer an diese Abmachung: Die Regierung hob die Preise im öffentlichen Nahverkehr, für Wasser, Gas, Strom und Benzin um durchschnittlich 80% an, und auch die Unternehmer erhöhten die Preise drastisch. In den ersten Wochen im Januar herrschte eine Inflationsrate von fast 1% täglich.

Portugal

Arbeiter und Angestellte der Metro, der Post, der Bahn und der Luftfahrt streikten jeweils einen Tag. Sie forderten Lohnerhöhungen und protestierten gleichzeitig gegen geplante Reformen der Arbeitsgesetzgebung, die Entlassungen erleichtern sollen.

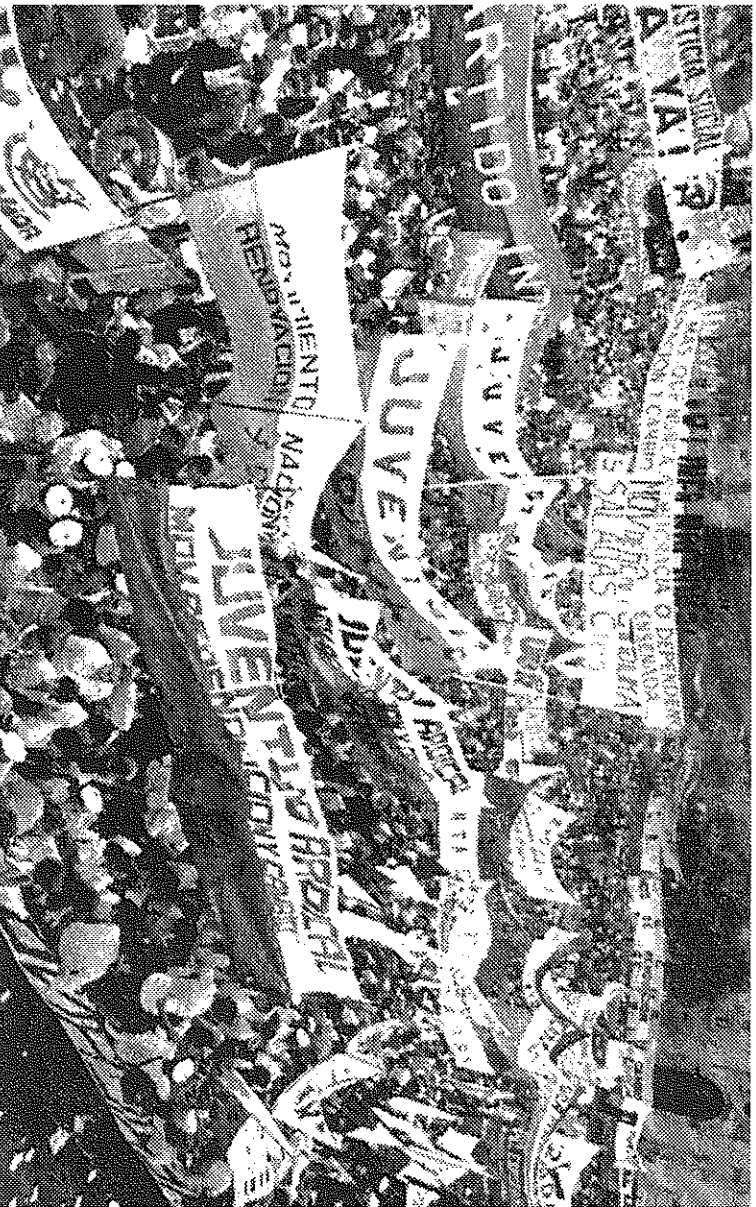
Großbritannien

Nach der Niederlage der Bergarbeiter 1985 und dem Sieg der Thatcher-Regierung im letzten Jahr rollt jetzt eine Streikwelle über das Land. Krankenschwestern, Bergarbeiter und Seelente befanden sich im Ausstand. Die vorerst größten Auswirkungen hatte jedoch der Streik der 32.500 Forstarbeiter, der nach elf Tagen mit einem Erfolg endete – dem ersten Erfolg seit dem Streik der Feuerwehrleute 1983. Das wird auch andere Teile der Arbeiterklasse ermutigen, trotz der sehr verschärften gesetzlichen Regelungen bei Tarifauseinandersetzungen den Kampf um die Verbesserung ihrer Situation aufzunehmen.

Schweden

Über 90.000 Angestellte und Techniker streikten drei Wochen lang für höhere Löhne. Es war eine der größten Streiks seit dem II. Weltkrieg. Er endete mit einem Erfolg für die Gewerkschaften.

für illegal erklärte, wurde von der Gewerkschaftsführung akzeptiert. Die Polizei belagerte den Betrieb, und die Arbeiter mußten sich mit Wut im Bauch ergeben. Sie fühlten sich gebremst und betrogen durch die Arbeiterführer, die angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage des Landes keine klare Perspektive aufzeigen und ihnen in den Rücken fallen, statt den Kampf zu stärken. Dabei sind die ar-



Massendemonstration in Buenos Aires gegen gewerkschaftlichen Dachverband – die Arbeiterklasse zählt insgesamt neun Millionen.

Landarbeiter

Auch auf dem Land sind die Landarbeiter organisiert. Besonders im Norden an der Grenze zu Bolivien (Region Jujuy) und an der Grenze nach Paraguay (Region Chaco). In Chaco herrscht die Zuckerindustrie vor. Sie war staatlich und sollte repräsentativ werden. Daraufhin wurde sie von den Arbeitern besetzt. Die Repräsentation wurde vorläufig fallen gelassen.

Wo die Landarbeiter organisiert sind, gibt es Kämpfe. Kein Wunder, denn die Lebens- und Arbeitsbedingungen haben sich in den letzten Jahren drastisch verschlechtert. Es gab eine große Tradition von Landkooperativen, die in der Diktatur nur schwer überleben konnte. Trotzdem blieben einige bestehen. Es blieb den Kleinbauern nichts anderes übrig, als sich zusammenzuschließen, um nicht ganz unterzugehen.

Im Süden dagegen sind die Industrie- und Landarbeiter kaum organisiert. Es gibt zwar einige kleinere Industriestädte, vor allem Aluminiumproduktion, aber insgesamt gesehen ist der Süden mit ca. einem Einwohner pro km² schwach besiedelt. hauptsächlich werden Landarbeiter aus Chile und Tagelöhner bzw. Saisonarbeiter beschäftigt. Sie sind nur selten organisiert.

Austral-Plan

Bis 1982 herrschte in Argentinien eine Militärdiktatur. Schon vor dem Falkland-Krieg war der Widerstand dagegen sehr massiv geworden, und das Debakel für die Militärs in diesem Krieg brachte die Diktatur endgültig zum Einsturz.

1983 wurden Wahlen abgehalten, aus denen die bürgerliche Partei Alfonsíns mit 48% der Stimmen als Sieger hervorging. Alfonsín entwickelte den sogenannten „Austral-Plan“ zur Stabilisierung der argentinischen Wirtschaft, genannt nach der neu eingeführten Währungseinheit des Landes. Dieser Plan sieht Lohn- und Preisstopp vor, solange die Wirtschaft nicht saniert ist. Wie wir wissen, läßt sich ein Lohnstopp viel besser halten als ein Preisstopp. Das Ergebnis war eine noch größere Not. Ein weiterer Aspekt des Planes: Die öffentliche Hand sollte ihre Ausgaben drosseln

nimmt. Dieser Versuch, die Misere des Kapitalismus auf dem Rücken der Arbeiter und kleinen Bauern zu lösen, kostete der Partei Alfonsíns (UCR) bei Teil-Parlamentswahlen im November 85 57% der Stimmen.

Vielen war klar: Alfonsín bringt keine Alternative. Er versucht, die Krise mit den alten bankrotten Methoden zu meistern – „Gürtel-enger-schnallen“-Parolen, die nur Wut erzeugen kön-

nen, wenn man schon am letzten Gürtelloch angekommen ist.

Aber auch die Hauptoppositionspartei, die Peronisten, hatten einen Stimmenverlust zu verzeichnen. Bekamen sie 1983 noch ca. 37% der Stimmen, so waren es im November 1985 3% weniger. Dies zeigt, daß die argentinische Arbeiterklasse sehr wenig mit der konservativen Linie der Führung anfangen kann.

Gerechtigkeitspartei

Die Peronisten setzten sich nicht für die völlig Aufklärung der Morde an den „Verschwundenen“ ein. Dies war ausschlaggebend für den Sieg Alfonsíns, der ein Programmpunkt daraus machte, obwohl er keine durchgreifende Säuberung der Armee von reaktionären Offizieren im Sinn hatte.

Der Peronismus ist keine einheitliche Bewegung. Er umfaßt rechte und linke Strömungen. Die peronistische „Gerechtigkeitspartei“ ist eine bürgerliche Partei, die jedoch – besonders über ihren Gewerkschaftsdachverband – großen Einfluß auf die Arbeiter hat.

Im Laufe der Jahre spaltete sich die Bewegung mehr und mehr. Die peronistische Jugend setzt sich für Sozialismus und den Sturz der argentinischen Kapitalisten ein. Die rechten Gewerkschaftsstrukturen sind dagegen, so wie Peron es auch war. Sie sind für die Stärkung der argentinischen Kapitalisten, schließlich haben sie sogar mit der Militärdiktatur zusammengearbeitet. Diese Ziele lassen sich nicht miteinander vereinbaren.

Der Versuch, mit Hilfe des Austral-Plans die Wirtschaft wieder zu stabilisieren, ist völlig gescheitert. Die Situation ist schlechter als je zuvor. Besonders die niedrigen Preise für landwirtschaftliche Produkte, die 75% des Exportes des Landes ausmachen, haben die argentinische Außenhandelsbilanz drastisch verschlechtert. Dieses wird das Land mindestens für zwei Mrd. US-Dollar neue Kredite aufbringen müssen, um den fälligen Schuldendienst ableisten zu können. Hier-

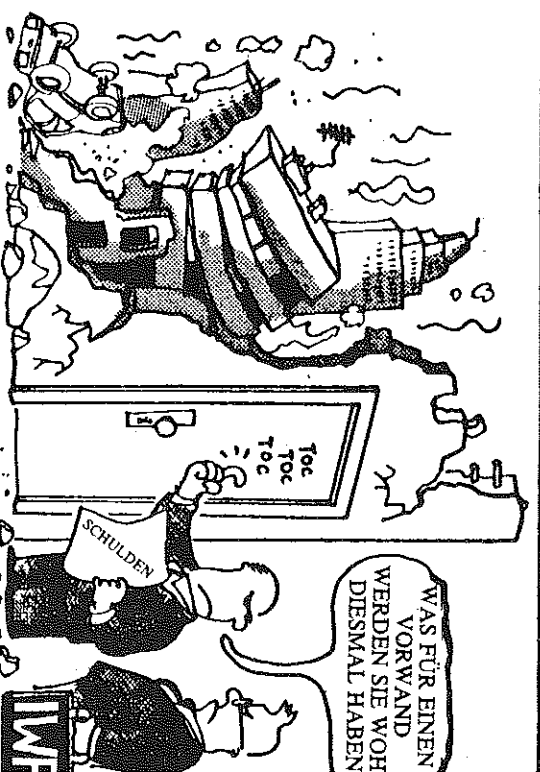
sind neue Verhandlungen mit dem internationalen Währungsfonds (IWF) nötig, der aber wieder die für das Land unerschwinglichen Forderungen stellt: S Kürzungen im öffentlichen Sektor. Anheben der Verbrauchssteuer. Die Gewerkschaften lassen sich nicht mehr auf einen „Sozialpakt“ ein, denn sie wissen, daß sie das ihren Mitgliedern nicht zumuten können. Alfonsín allerdings nichts anderes übrigbleiben wird, als die Bedingungen anzunehmen, sind Konflikte und weitere Streiks vorprogrammiert.

Marxistische Führung

Die nächsten Präsidentschaftswahlen sind 1989 fällig. Alfonsín selbst darf aus verfassungsrechtlichen Gründen dann nicht mehr kandidieren. Schon bei den Parlamentswahlen 1985 hatten die Radikalen (Alfonsíns Partei) Stimmen zugunsten der Oppositionisten verloren. Aber bisher bietet die Peronisten keinerlei überzeugende Alternative.

Solange keine starke marxistische Führung da ist, die die große Kampfnergie der Arbeiterklasse vereint und die Ursachen der Wirtschaftskrise durch Verstaatlichung und der Bankrott des Großgrundbesitzes und der großen Konzerne unter demokratischer Kontrolle bekämpft, solange wird noch große Niederlagen für die Arbeiter geben. Es geht darum, diese dringend notwendige Führung zu ermöglichen. Denn Hunger und Not lassen keinen langen Aufschub zu.

Maria Clara Roque, Wiesbaden
Jungsozialistin



WAS FÜR EINEN VORWAND WERDEN SIE WOHN DIESEMAL HABEN

Toc Toc Toc
SCHULDEN
IWF

Fortsetzung von Seite 1

Stahl hat Zukunft - in Arbeiterhänden!

Während die Stahlarbeiter und die Duisburger Bevölkerung seit Wochen in phantasievollen Aktionen ihre Kampfereischaft demonstrieren, bekleckern sich IGM- und SPD-Führung nicht gerade mit Ruhm. Die SPD-Spitze in NRW ging vorsichtig auf Distanz zur Forderung nach Erhalt des Standortes, das Festhalten an überholten Strukturen sei „völlig sinnlos“ und im übrigen eine „rein unternehmerische Entscheidung“ (Farthmann).

Die IGM-Führung weigert sich seit Wochen beharrlich, den Kampf um den Erhalt aller Standorte bundesweit zu führen und im Zusammenhang mit der laufenden Stahltarifrunde Urabstimmung und Volksstreik einzuleiten, wie dies von den Kollegen aus den Stahlbetrieben immer wieder gefordert wurde. Inzwischen scheint diese Tarifrunde kurz vor dem Abschluss zu stehen. Die Unternehmer haben ein relativ gutes Angebot zur Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung vorgelegt, um die Tarifrunde so schnell wie möglich aus dem Weg zu haben. Und auch die IGM-Führung scheint erleichtert, die Tarifrunde und damit den Druck von unten auf Urabstimmung bald hinter sich zu haben. Startdessen haben SPD- und IGM-Spitze in den letzten Wochen das Schwergewicht der Forderungen des Kampfes vom Erhalt der Stahlarbeitsplätze auf die Forderung nach Ersatzarbeitsplätzen verschoben und auf die Verhandlungen mit der Bundesregierung nach mehr Investitionen fürs Ruhrgebiet orientiert.

„Ersatzarbeitsplätze“

„Ich kann das Wort, Ersatzarbeitsplätze“ bald nicht mehr hören. Das klingelt wie Ersatzkaffee. Ich will keinen „Ersatzarbeitsplatz“, sondern ich will einfach einen Arbeitsplatz“, sagte ein Vertrauensmann von Krupp-Rheinhausen.

Wer auf „Ersatzarbeitsplätze“ orientiert, geht offenbar von der Annahme aus, daß Kohle und Stahl keine



Protestierende Stahlarbeiter am Tagungsort der Stahltarifverhandlungen: Die IGM-Führung greift ihre Vorschläge nicht auf.

Zukunft mehr haben und zur „Altnindustrie“ gehören, die es „unzuträglich“ gefalle. High-Tech und Dienstleistungsgesellschaft sind die Schlagworte.

Doch was hat es mit den Überkapazitäten auf sich? Hat der Werkstoff Stahl wirklich keine Zukunft mehr? Wenngleich durch verbesserte Produktionsverfahren und durch Entwicklung von Kunststoffen in den letzten 10 Jahren immer weniger Stahl gebraucht wird, ist es dennoch so, daß in bis zu 50% aller Produkte in irgendeiner Form Stahl weiterverarbeitet ist. Vom Auto und Kühlschrank über Heizkörper bis zu Beschlägen und Nägeln. In der Stahlkrise drückt sich vor allem der schrumpfende Absatz auf dem Welt- und Binnenmarkt für alle möglichen Produkte aus, verursacht

stagnierender oder sinkender Reallohnne, Arbeitslosigkeit, „neuer“ Armut und hoher Staatsverschuldung vieler Länder, was auch die staatliche Nachfrage einschränkt.

Das bedeutet aber nicht, daß es tatsächlich keinen Bedarf mehr gibt. Brauchen wir nicht z.B. bessere öffentliche Verkehrsmittel, also mehr Schienen und Schienentfahrzeuge, Bauprogramme für Wohnungen, Kindergärten, öffentliche Einrichtungen? Investitionen im Umweltbereich?

Überkapazitäten?

Es gibt Bedarf an Stahl und weiterverarbeiteten Produkten, es gibt genügend Arbeitskräfte und Produktionskapazitäten, um ihn zu befriedigen. Das einzige, was dazwischen steht, ist das Profit- und Konkurrenzprinzip des Kapitalismus. Denn im Kapitalismus zählen nur profitabile Absatzmöglichkeiten, nicht die Befriedigung von gesellschaftlichen Bedürfnissen. Es ist nicht die Krise der Industriegesellschaft schlechthin, der wir gegenüberstehen, sondern die Krise der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Das hat nichts mit „Industriemanntik“ zu tun. Die Basis jeden gesellschaftlichen Reichtums ist die Warenproduktion, nicht der Dienstleistungssektor. Nicht durch Handel, Werbung, Service, Forschung und dergleichen werden real neue Werte geschaffen, sondern nur in der Warenproduktion. Rheinhausen ist ein hochmodernes Stahlwerk mit computergesteuerten Produktionsabläufen. Trotzdem soll es plattgemacht werden. Ohne Anwendungsmöglichkeiten und Abnehmer kann es auch keinen dauerhaft florierenden High-Tech-Sektor geben. Eine Gesellschaft, die ihre industrielle Basis und die Schlüsselindustrien abschlächert, untergräbt ihre eigene Zukunft.

Abschlacht-Prämien

Der Widerspruch im Kapitalismus ist, daß es immer wieder auf der einen Seite Überproduktionskrisen mit Ver-

schwendung der Arbeitskräfte, die Summen von etwa 1,7 Mrd. DM gehandelt: 200 Mio. DM für das Werksgelände, 1,5 Mrd. DM für die Sanierung des Geländes. Wieviel staatliche Nachfrage könnte allein mit diesen Geldern geschaffen werden, um die Stahlarbeitsplätze zu erhalten!

Stattdessen wird auf Ersatzarbeitsplätze im High-Tech-Bereich gesetzt. Aber wo sind die zehntausende und hunderttausende von neuen Arbeitsplätzen dort: Technologie-Parks, Raumfahrtagenturen und kleinere Umweltprojekte mit ein paar Dutzend oder hundert Arbeitsplätzen können



Die Kollegen wollten die Vergessenschaftung der Stahlindustrie als Voraussetzung für den Erhalt aller Arbeitsplätze.

Interview mit einem Postler Profitorientierung geht vor Kundenwunsch

Lieferengpässe, Verschlechterung von Service-Leistungen, verstärkte Antragsvergabe an Privatfirmen - die Zerschlagung des Fernmeldewesens wird schon jetzt vorbereitet. In einem Gespräch mit VORAN berichtet Mario T., Mitarbeiter beim Fernmeldamt, über seine Erfahrungen.

„Es gibt in unserem Bereich eine politische Vorgabe, wonach die Montageleistungen zu ca. 20% an private Firmen gehen sollen, der Rest wurde normalerweise mit eigenen Kräften der Post gemacht. Das betrifft zum Beispiel das Anschließen von Apparaten, das Verlegen von Leitungen... Mittlerweile ist diese Quote in meinem Oberpostdirektionsbereich auf über 30% angestiegen. Das hat besonders für den Bereich Kundendienst Folgen. Früher haben wir das zu ca. 80% mit eigenen Kräften gemacht. Das hatte den Vorteil, daß die Kollegen nicht nach Akkord bezahlt wurden, sondern einen festen Lohn erhielten. So hatten sie viel mehr Zeit für die Kunden, konnten diese viel besser beraten und informieren. Jetzt wird der Endstellenbereich vorwiegend von privaten Firmen gemacht. Da werden die Montoure nach Leistung, d.h. nach der Anzahl der ausgeführten Arbeiten bezahlt. Wenn sie also was verdienen wollen, müssen sie so viel wie möglich machen und haben so keine Zeit mehr für Beratungen. Sie haben zum Beispiel oft noch nicht einmal ein Telefongebuch dabei. Eine Serviceverschlechterung ist so schon jetzt auf jeden Fall eingetreten.“

Ein weiterer Aspekt ist, daß wir weniger ausgebildete Fernmeldhandwerker übernehmen. Schon jetzt ist abzusehen, daß die Übergabe von Aufträgen an Private sich noch weiter verstärkt, und das deutet schon klar auf die Privatisierung von Teilleistungen der Post hin.

Engpässe

Die Post stellt selbst keine Fernmeldegeräte her, sondern bezieht sie von

in keiner Weise die Arbeitslosen aufzufangen, die bei der massenhaften Vernichtung von Arbeitsplätzen in den Krisenbranchen „freigesetzt“ werden. Es mutet schon fast komisch an, wenn bei Teilnahme von Johannes Rau im Duisburger Rathaus ein „großer Bahnhof“ veranstaltet wird, weil die Computerfirma Nixdorf in Duisburg 15 neue Arbeitsplätze (in Worten: fünfzehn) für Fachleute schaffen will. Nein, ausreichende „Ersatzarbeitsplätze“ sind schlicht und ergreifend nicht in Sicht. Es gibt daher keine Alternative zum Kampf um den Erhalt jedes Arbeitsplatzes.

Verstaatlichung

Auch die Forderung nach „Vergessenschaftung der Stahlindustrie“, wie sie von der IGM grundsätzlich beschlossen und von vielen Kollegen immer wieder gefordert wurde, ist in den letzten Wochen mehr und mehr in den Hintergrund getreten. Stattdessen werden „Beschäftigungsgesellschaften“ gefordert.

Doch um die Eigentumsfrage kommt man nicht herum, wenn man ein Gesamtkonzept für die Stahlindustrie will. Auf privatwirtschaftlicher

Grundlage gibt es nur die Konzepte, die auf drastische Schrumpfung und Konzentration unter Führung des Thyssen-Konzerns hinauslaufen - betriebswirtschaftliche Lösungen auf Kosten der Arbeiter, mit oder ohne „Beschäftigungsgesellschaften“. Natürlich ist Verstaatlichung der Stahlindustrie noch nicht die Lösung für sich. Aber sie eröffnet die Instrumente, eine branchenweite Produktionsplanung und den Erhalt aller Standorte umzusetzen. Allerdings nur dann, wenn sie mit einer demokratischen Kontrolle verbunden ist (z.B. drittelparitätisch mit Vertretern von Belegschaften, Gewerkschaft und Staat). Sonst besteht die Gefahr, daß wie in anderen europäischen Ländern einfach nur Arbeitsplatzabbau unter staatlicher Regie stattfindet.

Nur mit einem Konzept von Verstaatlichung, demokratischer Kontrolle und Produktionsplanung kann ein einheitlicher Kampf geführt und verhindert werden, daß Standorte gegeneinander ausgespielt werden. Der Kampf um Rheinhausen hat bundesweit Signalwirkung. Wenn dem Kapital hier der Durchmarsch gelingt, dann stehen noch dreistere Angriffe in der Zukunft bevor, sowohl in der Stahlindustrie als auch in anderen Branchen (z.B. in der Automobildindustrie bei Einbruch der nächsten Rezession). Und umgekehrt: Wenn den Kollegen in Rheinhausen ein Sieg gelingt, wird dies eine ungeheure Ermunterung für den Kampf um Arbeitsplätze in allen Branchen und allen Teilen der Republik sein. Dies geht aber nicht mehr nur mit weiteren Aktionswochen, Menschenketten und regionalen Demos, sondern nur durch Vorbereitung und Durchführung eines ernsthaften Kampfes, einschließlich Streikmaßnahmen.

Die Möglichkeit, einen solchen Erfolg zu erringen, liegt in den Händen der IGM- und SPD-Führung.
Angela Bankert, Köln
JungsozialistIn

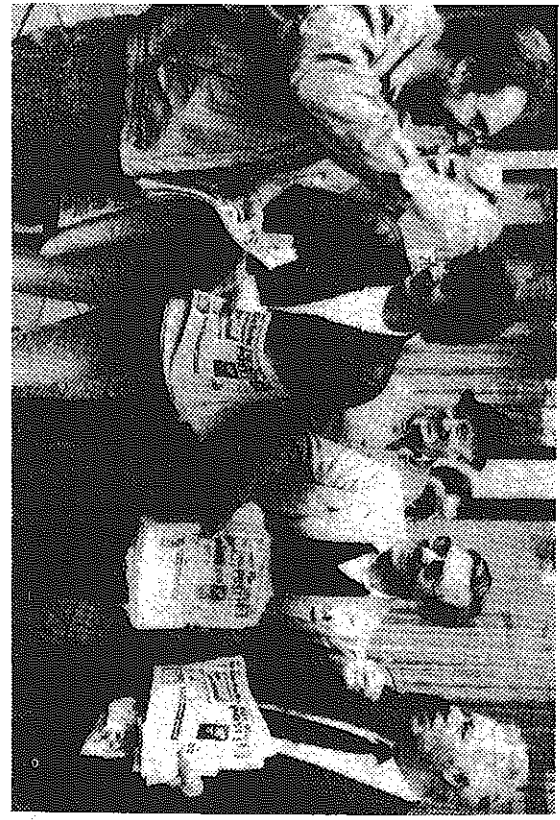
mens-Anlagen haben. Da gibt es dann offensichtlich keine Liefererschwierigkeiten.

Da schlägt dann die ganze Unternehmenspolitik durch. Ein normaler Kaufmann könnte es sich nicht leisten, mit einer inländischen Firma einen Vertrag abzuschließen und dann die Terminvorgaben nicht einzuhalten. Es scheint so zu sein, daß die Post da gar keine normalen Verträge macht, sonst käme es nicht zu diesen Engpässen. Bei normalen Verträgen ist das so: Wenn eine Zusage nicht eingehalten wird, muß die Vertragsfirma für den Schaden aufkommen, der Vertrag gilt als kündigbar und man kann zu einer anderen Firma gehen. Das macht die Post nicht. Interessant: Diese Verträge werden auf höchster Ebene, im Ministerrum, gemacht.

„Freier“ Wettbewerb

Das alles reiht sich ein in die Tendenz zur Privatisierung. Auch der Zeitpunkt scheint bewußt gewählt zu sein, denn die Diskussion um die Freigabe des Endstellenmarktes läuft genau seit dem Zeitpunkt, als die Probleme anfangen.

Wenn es dann so kommt, daß der „freie“ Wettbewerb im Endstellenmarkt ermöglicht ist, wird sich die Lage nicht verbessern und so wird die Post aus diesem Bereich völlig abgedrängt. Für den Kunden bedeutet das, daß das Angebot nach Profitorientierung und nicht nach Kundenwünschen gestaltet wird.“



VORAN

Landtagswahl Baden-Württemberg

Für SPD-Mehrheit

mit sozialistischem Programm

Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, in dem die CDU noch eine absolute Mehrheit hat. Noch! Denn am 20. März ist Landtagswahl. Die Angriffe der Kohl-Regierung, die Serie von Skandalen und die wirtschaftliche Lage lassen die Wähler-Basis der CDU dahinschmelzen. „Leistung muß sich wieder lohnen“. Diese CDU-Parole aus dem letzten Bundestagswahlkampf klingt noch so manchem in den Ohren, der jetzt seine Überstundenzuschläge und den Jahreswagenrabatt versteuern muß, oder den Bauern im Land, die sich abrackern und auf keinen grünen Zweig kommen.

GIB SPÄTHER KEINE CHANCE

SPD wählen

Jungsozialisten in der SPD

Kreisverband Stuttgart

DDR

Schleht die Bürokraten ab!

Die jüngsten Vorfälle in der DDR haben gezeigt, daß die Zahl der Jungentlichen gewachsen ist, die bereit sind, sich auch angesichts großer persönlicher Opfer gegen die Verhältnisse zu wehren. In den Tagen um die Abschlebung von Stephan Krawczyk, Freya Klier u.a. füllten tausende Menschen die Ost-Berliner Gethseman-Kirche, um sich zu solidarisieren. Auch in anderen Städten in der DDR kam es zu Solidaritätsaktionen.

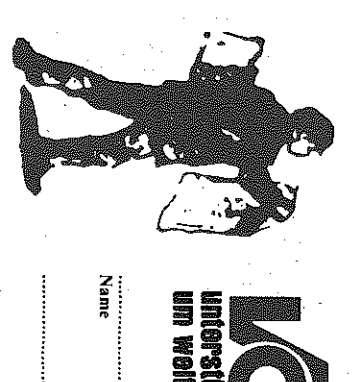
Die Opposition wird noch überwiegend von Intellektuellen getragen. Doch Unruhe unter diesen Schichten ist oft der Vorboote für eine Bewegung der Arbeiter: so in Polen (das KOR-Komitee existierte vor Solidarnosc), in Ungarn 1956 oder der CSSR 1968. Unter den DDR-Oppositionellen gibt es noch oft unklare Vorstellungen über die Rolle von Staat und Kirche.

Krawczyk erwartete als Konsequenz seiner Aktionen am 17.1. zwar seine Festnahme, aber auch, daß die Polizei ihn nach 24 Stunden wieder laufen läßt. Doch mit der Bürokratie kann man nicht Versteck spielen. Sie hat Angst, daß Oppositionelle einen großen Bekanntheitsgrad bekommen, so daß auch die Masse der Arbeiter aufmerksam wird. Auch die Vorstellung, daß die Forderungen der Bürgerrechtler von der sowjetischen Führung wohlwollend betrachtet würden,

Bereits bei der letzten Bundestagswahl verlor die CDU in Baden-Württemberg soviel Stimmen, wie in keinem anderen Bundesland (5,9%). Inzwischen sind die schwarzen Wolken über den Wirtschaftshimmel im Musterlande dichter geworden. Die Arbeitssensurrate lag im Januar bei 5,5% und 52.600 Arbeiter sind von Kurzarbeit betroffen. „Rheinhausen ist die SEL-Betriebsratsvorsitzenden Siss trifft den Nagel auf den Kopf.“

Späths Ablenkungsmanöver (Moskau-Reise, Treffen mit internationalen Spitzenmanagern) können über die eigentlich düsteren Perspektiven nicht hinwegtäuschen. Die objektiven Voraussetzungen für die SPD sind hervorragend. Die ebenfalls als „Renegaten“ (Abtrünnige) Für viele Jugendliche in der DDR bietet die Kirche den einzigen Freiraum für ihre Aktivitäten. Doch die letzten Vorgänge zeigen, daß die Kirchenführung – wie in der restlichen Welt – der seelsorgerische Hilfspfup der Herrschenden ist. Die Kirchenführer der DDR predigten Rube und Maßnahmen. Einer von ihnen, Manfred Stolpe, sagte: „Wir haben ein paar Veranstaltungen gehabt, die waren mit einfach zu einseitig staatskritisch.“ (...) Das hilft auf Dauer nicht weiter.“

Der von der Kirche beauftragte Anwalt Schnur verschwiegb bei seinen Besuchen Krawczyk gegenüber die Solidaritätswelle in der DDR bewußt. Dies führte letztendlich dazu, daß Krawczyk und Klier aus Angst vor Knast und Stasi-Terror auf die Erpressung eingingen.



Veranstaltungen sind so gut besucht, wie schon seit langem nicht mehr. Es werden sogar Vergleiche hergestellt zu 1972, dem Wahljahr, in dem es eine Hochstimmung gab in der Partei und Rekordwahlergebnisse.

Die Frage ist jedoch, ob die SPD die Erwartungen erfüllt. Das SPD-Programm des „Neuen Fortschritts“ geht davon aus, daß auf der Grundlage des kapitalistischen Systems der Markt so beeinflusst wird, daß moderne Technologien (besonders solarer Wasserstoff) im Interesse von Mensch und Umwelt eingesetzt werden. Die Unternehmer sollen z.B. zur Kasse gebeten werden für Umweltschaden, und durch Auflagen und Gesetze soll umweltzerstörendes Produktionsverhalten belohnt werden. Wie das gegenüber den Unternehmern durchgesetzt werden soll, bleibt offen.

Die größte Schwäche des SPD-Wahlprogramms besteht darin, daß es nicht von der bevorstehenden tiefen Rezession ausgeht. Man ließ sich von der relativen Stabilität in der Vergangenheit blenden und vergaß, daß sich die Vorteile Baden-Württembergs in Nachteile verkehren können.

Das Programm beinhaltet viele begrüßenswerte Sozialreformen. Doch wer soll sie bezahlen? Dazu heißt es im Programm: „Die finanzwirksamen sozialpolitischen Maßnahmen werden von der Allgemeinheit der Steuer- und Beitragszahler finanziert, die nicht oder noch nicht auf sozialpolitische Maßnahmen angewiesen sind.“ Die Masse der Normalverdiener soll also zur Kasse gebeten werden. Es ist keine Rede davon, daß die SPD an die Mißharden flüssiger Mittel will, die die Großkonzerne horten.

Aktuelle Ereignisse aufgreifen

Gerade jetzt muß die SPD aber deutlich machen, daß sie nicht bereit ist, die Kosten von Reformen abzuwälzen auf die Masse der Bevölkerung, sondern daß diejenigen bezahlen müssen, die in den letzten Jahren durch Riesengewinne und staatliche Umverteilung reich geworden sind.

Aktuelle Ereignisse müssen aufgegriffen werden, um den Standpunkt in der Öffentlichkeit deutlich zu machen. Kurz nach dem SPD-Wahlkongreß trat Edzard Reuter, Vorstandsvorsitzender von Daimler-Benz und SPD-Mitglied, mit der Forderung nach Lohnstopp und Stop weiterer Arbeitszeitverkürzung an die Öffentlichkeit. Die SPD-Führung hätte sofort gegen diese Unverschämtheiten Stellung beziehen müssen. Das gleiche gilt für den Vorstoß von Daimler und anderen Firmen bei der Flexibilisierung der Arbeitszeit. Der Kampf der IBM-Kollegen gegen Einführung der Konti-Schicht in der Chip-Produktion muß aktiv unterstützt werden.

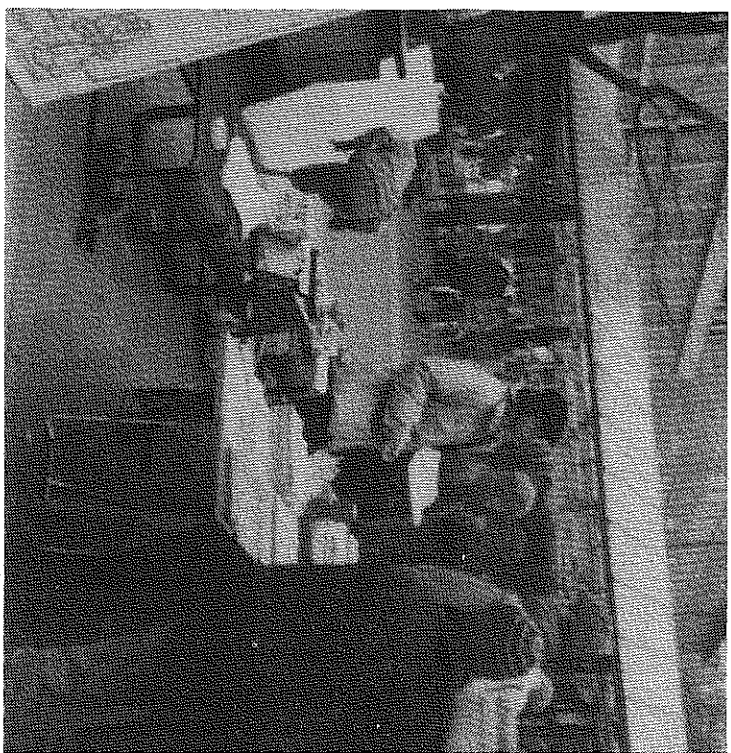
Stuttgarter Jungsozialisten aktiv im Wahlkampf

Der erste Höhepunkt in unserem Wahlkampf war das diesjährige 6. Schwarzfahrerfest im Januar, das mit über 500 Besuchern wieder ein voller Erfolg war. Ein spontanes Grußwort hielt u.a. der Stuttgarter Vorsitzende der IG Druck und Papier.

Das Theaterprogramm hatte diesmal den Titel „X.Y. – Fahrtschein ungelöst“. Unsere selbstgemachten Sketche kamen voll an. Über die Musikgruppe gingen die Meinungen wie immer weit auseinander.

47 Besucher bekundeten an diesem Abend ihr Interesse an Einladungen für Juso-Veranstaltungen und AG-Sitzungen. Bei den AG-Sitzungen in der darauffolgenden Woche erschienen bereits neue Gesichter. Eine Sammlung für die Krupp-Arbeiter in Rheinhausen brachte über 120,- DM.

Eine Woche nach dem Schwarzfahrerfest bot sich wieder eine gute Gelegenheit für Juso-Aktivitäten. Anlässlich des 55. Jahrestages der Machtergreifung der Nazis und der Kandidatur von Neonazis bei der Landtagswahl fand in Stuttgart eine landesweite Demonstration statt. Wir waren mit einem Juso-Block vertreten. 10.000 beteiligten sich an der Demo. Zu unserer Überraschung kamen unsere Sprechchöre mittags im Radio



Mit zahlreichen Veranstaltungen und Aktionen leisten die Stuttgarter Jungsozialisten Beitrag zum Landtagswahlkampf.

Im Wahlprogramm wird Arbeitszeitverkürzung und Abbau von Überstunden im öffentlichen Dienst gefordert. Diese Forderung wird den Beschäftigten im öffentlichen Dienst aber als unglaubwürdig erscheinen, wenn SPD-Bürgermeister und SPD-Landesvertreter zusammen mit der CDU gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst auftreten.

Angesichts von Kurzarbeit und Entlassungen fordert die IGM Stuttgart die Einführung der 35-Stunden-Woche noch in diesem Jahr. Diese Forderung muß von der SPD unterstützt werden. Sie wäre eine konkrete Antwort im Gegensatz zu den Plakardparolen „Mensch und Technik“ oder „Leistung und Gerechtigkeit“.

Die einzige Perspektive für eine Än-

und am Abend unser Transparent in der Tagesschau.

Für den 19. Februar mobilisieren die Stuttgarter Jungsozialisten auf eine zweite Höhepunktveranstaltung. Unter dem Titel „Heute das Ruhrgebiet – morgen der milere Neckarraum?“ ging es darum aus den Erfahrungen der Stal und Kohlekrise zu lernen für c bevorstehende Krise in der Automobilindustrie. Diese Diskussions-Veranstaltung, auf der Günther Spahn, Vertrauenskörperlleiter von Thyssen Duisburg-Hamborsprach, war mit rund 70 Teilnehmern gut besucht.

Die Juso-Arbeitsgemeinschaften in den verschiedenen Stadtteilen machen im Wahlkampf eigenveranstaltungen, Infostände und Hausbesuche. Außerdem beteiligen sie sich an den Wahlkampftätigkeiten ihrer Ortsvereine. Die Juso-AG Mitte brachte eine Dokumentation über die illegale Parteinanzierung der bürgerlich Parteien durch die Unternehmeheraus. Zum Abschluß des Wahlkampfes wird am Wahlsontag eine Juso-Wahlparty stattfinden. Wir sind sicher, daß wir durch unseren Wahlkampf dazu beitragen können, Stimmen für die SPD und neue Mitglieder für Jusos un SPD zu gewinnen.

derung der Landespolitik bester einer absoluten SPD-Mehrheit nem sozialistischen Programm. Selbst wenn es nicht gelingen de, auf Anhieb von 32,4 auf über zu kommen, könnten zumindest Voraussetzungen für einen abschließenden Wahlstieg bei der nächsten Wahl geschaffen werden. Denn mit einem Offensiv könnte die Beteiligung bei der Partei-Basis geweckt rden und Mitglied- und Anhschaft erweitert werden.

In keinem Fall darf es aber nahrung Wahl zu Koalitionsverhandlung mit CDU und/oder FDP korriert Und das muß bereits im Wahlklipp und klar gesagt werden. Moni Stark, Stuttgart Mitglied des Juso-Kreisvorsta

Ich möchte

VORAN abonnieren
6 Ausgaben zu 9,60 DM
VORAN weiterverkaufen
und bestelleExemplare in Kommissi
(Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein VORAN-Förderabo
zu DM bestehen (ab DM 20.-)
(Bitte nebenstehendes Adreßfeld
ausfüllen und einschicken.)
Pöchl Essen, BLZ 360 100 43
Konto-Nr. 3200 50-000

VORAN

untersützen und bitte
um weitere Informationen

Name

Ich möchte

VORAN abonnieren
6 Ausgaben zu 9,60 DM
VORAN weiterverkaufen
und bestelleExemplare in Kommissi
(Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein VORAN-Förderabo
zu DM bestehen (ab DM 20.-)
(Bitte nebenstehendes Adreßfeld
ausfüllen und einschicken.)
Pöchl Essen, BLZ 360 100 43
Konto-Nr. 3200 50-000